

Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Frau Bundesministerin  
11055 Berlin

Statement zur Novelle des Verpackungsgesetzes,  
Petition „Schluss mit dem Müllwahnsinn in deutschen Supermärkten und Discountern“

Sehr geehrte Frau Schulze,

Medien und Werbung suggerieren uns täglich wie umweltfreundlich und nachhaltig Produkte sind.

Autos, Kleidung, Trinkflaschen oder Kaffeekapseln bekommen einen grünen Anstrich und werden als klimafreundlich und ökologisch präsentiert. Falsche Illusionen werden beim Verbraucher geweckt! Verbrauchertäuschung!

Wir kaufen große Mogelverpackungen und zerstören dabei noch mit gutem Gewissen unsere Erde munter und unaufhörlich.

Wir begrüßen ihren Gesetzesentwurf für ein neues Verpackungsgesetz, wie Sie es im Interview beim SWR angekündigt haben und hoffen auf das Inkrafttreten wie angekündigt im Sommer 2021.

- Cafés und Restaurants, die ihre Waren zum Mitnehmen anbieten, müssten dann auch Becher und Behälter im Angebot haben, die man wiederverwenden kann.
- Das Umweltministerium will auch die Ausnahmen beim Dosen- und Flaschenpfand streichen. Das heißt: Künftig soll auch auf Plastikflaschen und Dosen bei Saft, Wein, Sekt, Mischgetränken und Spirituosen Pfand erhoben werden.
- Darüber hinaus soll festgeschrieben werden, dass ab 2025 neue PET-Flaschen zu mindestens 25 Prozent aus recyceltem Material bestehen müssen, ab 2030 dann alle neuen Plastikflaschen zu 30 Prozent.

Quelle: <https://www.swr.de/swraktuell/idw-schulze-100.html>

Damit folgt das Bundesumweltministerium der Plastikstrategie der EU- „Verbot für Einwegplastik“ und nähert sich den Richtlinien des bisherigen Verpackungsgesetzes an.

Punkt 6 der Petition „Schluss mit dem Müllwahnsinn in deutschen Supermärkten und Discountern“, alle Gläser und Flaschen einem regionalem Pfandkreislauf und Recyclesystem zuzuführen, würde somit durch die Gesetzgebung umgesetzt.

Jedoch weisen wir darauf hin, dass in einem weiteren Schritt notwendig ist, wiederverwendbares Geschirr in Restaurants für Verbraucher essentiell günstiger gegenüber Wegschmeißartikeln anzubieten oder Wegschmeißartikel gänzlich zu verbieten. Restaurants erhalten somit Investitionsanreize für Geschirr, Personal oder Reinigungsautomaten. Mogelpackungen wie Mehrwegplastik, welches zum gleichen Preis auf dem Abfallberg wie Einwegplastik landet, würde somit unterbunden werden.

Um den Zielen des Pariser Klimaschutzübereinkommens und der neuen Abfallgesetzgebung des Europäischen „Green Deal“ nachzukommen, müssen jedoch größere Anstrengungen besonders innerhalb der Verpackungsbranche unternommen werden.

Um „Echte Nachhaltigkeit“ umzusetzen, fordere ich Sie wiederholt auf, an der Umsetzung der 12 Punkte, welche Inhalt der Petition „Schluss mit dem Müllwahnsinn in deutschen Supermärkten und Discountern“ sind, aktiv mitzuwirken!

Weiterhin möchten Ich Sie auffordern, Verbrauchertäuschung durch Industrie und Handel in Form von Greenwashing aktiv im Rahmen Ihrer Möglichkeiten durch Aufklärung und durch die Gesetzgebung zu unterbinden.

Als Bundesumweltministerin mit derzeitigem Verhandlungsvorsitz innerhalb der EU im Bereich Umwelt, bitten wir Sie Ihrer großen Verantwortung gegenüber Umwelt und Bürgern gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bert Rohne

ÖDP Landesverband Sachsen